

Vortrag von Prof. Dr. Johano Strasser bei der Tagung „*Der Ton macht Musik – Die Rolle politischer Kommunikation im Kontext rechtsextremer Einstellungen*“ am 5. März 2008 in der Friedrich-Ebert-Siftung, Berlin.

Prof. Dr. Johano Strasser

Sprachspiel und Bilderzauber –

Zur Kritik der politischen Sprache

Es ist allzu offensichtlich, daß die Politik vieles von dem, was das Publikum von ihr traditionell erwartet und was sie üblicherweise zu leisten vorgibt, unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht leistet, vielleicht auch gar nicht leisten kann. Dies schlägt sich in der Sprache der politischen Akteure nieder. Wer kennt sie nicht, jene aufgeblasenen Politikersätze, die intime Sachkenntnis und verantwortungsbereite Tatkraft vorspiegeln und doch bei genauerer Prüfung wenig oder nichts Genaueres sagen, sich vielmehr an den entscheidenden Punkten um die Wahrheit herumogeln? Bei den Vertretern aller Parteien und Interessengruppen sind Wendungen besonders beliebt, die einen privilegierten Zugang zu Hintergrundwissen und daraus abgeleiteter Prognosefähigkeit suggerieren, ohne freilich den Sprechenden so weit festzulegen, daß er womöglich zur Rechenschaft gezogen werden könnte, wenn alles wieder einmal ganz anders kommt. Eine der Floskeln, die genau dies leisten, ist das uns allen vertraute: „Ich gehe davon aus...“

Erhard Eppler erläuterte schon vor Jahren die Funktion dieser Sprachfigur in seinem Buch ‘Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache’ folgendermaßen: „Ein Finanzminister, der bei der Vorlage des Haushalts – redlicherweise - sagen würde, er vermute, daß die Steuereinnahmen im kommenden Jahr um 4 % steigen, er hoffe sehr, daß die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern schließlich doch sinke und daß es der Steuerverwaltung dort gelinge, die fälligen Steuern einigermaßen zu erheben, auch wenn er fürchte, daß dazu die qualifizierten Beamten fehlen, ein solcher Minister müßte den Nimbus dessen verlieren, der mehr weiß als der Zeitungsleser. Also sagt er: ‘Ich gehe davon aus...’ Dabei bleibt offen, was er weiß und was er nur vermutet. Und genau auf dieses Offenlassen kommt es an.“ (Eppler 1992, S. 141)

In der Tat kann man, wie dies Eppler tut, an vielen Beispielen belegen, wie gängige Wendungen und Begriffe der politischen Sprache dem Imponiergehabe, dem Bedürfnis nach Entlastung von Verantwortung, der Vorspiegelung von Tatkraft und Gestaltungsfähigkeit von Politikern dienen, die im alltäglichen Politikbetrieb längst weitgehend die Orientierung verloren zu haben scheinen. Ob es nun die „ruhige Hand“ des sozialdemokratischen Kanzlers Schröder oder das „Kompetenzteam“ seines Herausforderers Stoiber war, immer ging es darum, die eigene Ratlosigkeit sprachgestisch zu überdecken.

Desorientierung und Realitätsverlust signalisiert auch der ideologische Ballast, der in der Sprache der Politik mitgeschleppt wird. Wie die Allgegenwart des Wortes ‘Entwicklung’ beweist, sind aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellungen eines quasi naturwüchsigen Fortschritts in unserer politischen Sprache konserviert. Das Wort ‘Entwicklung’ transportiert

noch immer die Hoffnung auf eine Automatik wissenschaftlich-technisch-ökonomischer, manchmal sogar sozialer Höherentwicklung, gibt auch dem tristesten Befund noch eine optimistische Färbung, suggeriert Wissenschaftlichkeit und bietet zugleich metaphysischen Trost. Noch einmal Eppler: „‘Negative Preisentwicklung’ meint eine hohe Inflationsrate, ‘positive Preisentwicklung’ eine niedrige. Die positivste Preisentwicklung wäre die Preisstabilität, also gar keine Entwicklung. Entwicklung ist, wenn Zeit vergeht. Und das läßt sich noch schwerer vermeiden als dieses Wort.“ (Eppler 1992, S. 149 f.)

In unserer heutigen politischen Sprache, so Epplers Fazit, mischen sich die Sprache des veralteten Fortschritts und die Sprache der verwalteten Risiken. Die Kraftlosigkeit der politischen Sprache spiegelt die Hilflosigkeit der Politik angesichts unbegriffener und deshalb erst recht unbewältigbarer Risikokonstellationen. Sie überdeckt den Leerlauf der Politik, begünstigt einen Politikbetrieb ohne Inhalte und Ziele, verwischt Verantwortung und kommt vor allem den persönlichen Bedürfnissen physisch und psychisch überforderter Politiker entgegen, indem sie ihnen in der zehrenden Hektik des politischen Betriebs zum guten Teil das Denken abnimmt und sie gegen Zweifel am eigenen Tun immunisiert. Sie eignet sich hervorragend zu unverbindlichem Reden, vor allem aber zu mehr oder weniger imposanter Selbstdarstellung auch da, wo wenig geschehe und kaum Eindrucksvolles zu vermelden sei.

Das alles gilt auch für die seit einiger Zeit bei Politikern aller Parteien so überaus beliebte Sprache der Pseudoreform, das ubiquitäre Gerede von ‘Innovation’, die Anwendung kalifornischer Fitness-Ideale auf Wirtschaft und Verwaltung im Begriff der ‘Verschlankung’, das ganze zumeist aus den USA importierte Renommiervokabular aus der Welt der Banker und Unternehmensberater, mit dem manche Politiker sich selbst Kompetenz und Gestaltungsmacht bescheinigen und die Unterwerfung der Politik unter die globale Dynamik des Kapitalismus als den Gipfel verantwortlichen Staatshandelns erscheinen lassen.

Inzwischen hat der hemmungslose Mißbrauch der Sprache zur Verschleierung von Motiven und Inhalten der eigenen Politik dazu geführt, daß zentrale Begriffe der Moderne und der Demokratie einen eklatanten Bedeutungswandel durchgemacht haben. *Reformer* nennen sich heute heute auch die, die das mühsam Errungene rückgängig machen, die die Macht- und Besitzverhältnisse wieder zugunsten der Privilegierten verändern wollen. Wer sich dem widersetzt, gilt in der veröffentlichten Meinung zumeist als Reformgegner, Traditionalist oder Feind des Fortschritts. Stellten Reformen früher für die Mehrheit der Menschen Verheißungen dar, so werden sie heute oft als Drohungen wahrgenommen. Reform des Arbeitsmarkts heißt weniger Schutz und weniger Rechte für Arbeitnehmer, höhere Mobilitätsanforderungen, strengere Zumutbarkeitskriterien. Reform der sozialen Sicherungssysteme heißt in erster Linie Leistungskürzungen für die, die die Leistungen am dringendsten brauchen. Reform des Polizei- und Prozeßrechts heißt weniger Rechte für die Bürger, weniger öffentliche Kontrolle staatlicher Gewalt und mehr Befugnisse für die Exekutive. *Reform* bedeutet in nahezu jedem Fall eine Verschlechterung für die Mehrheit oder für die ohnehin Benachteiligten.

Dieselbe Orwellsche Dialektik sehen wir am Werk, wenn von *Fortschritt* die Rede ist. In Zukunft, so hören wir von Arbeitgebervertretern, FDP- und Unions-Politikern und den meisten Medienleuten, werden alle oder jedenfalls die meisten Menschen mehr und härter arbeiten, weniger verdienen, auf einen Teil ihrer Freiheiten verzichten und sich mit größeren Risiken abfinden müssen. Und zwar um des Fortschritts willen. Fortschritt ist in dieser Sicht ein aller wertbestimmten, politischen Steuerung überhobener Selbstlauf der technisch-

ökonomischen Entwicklung, dessen Auswirkungen auf das Leben der Menschen als Schicksal hinzunehmen sind. Nach wie vor glaubt die große Mehrheit der Menschen an den Fortschritt. Aber eine fast ebenso große Mehrheit zweifelt mittlerweile daran, daß der Fortschritt wirklich *fortschrittlich* ist. Aus dem Fortschrittsoptimismus der Moderne ist ein Fortschrittsfatalismus geworden.

Nach Eppler liegt die große Gefahr darin, daß eine Politik, die in einer solchen verschleiern Sprache gefangen bleibt, schließlich gänzlich unfähig wird, die realen Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen. Dies könnte dann die Stunde populistischer Demagogen sein, die scheinbar eine volks- und realitätsnähere Sprache sprechen und mit Schuldzuweisungen nach dem Muster 'Die Juden, die Ausländer, die Linken oder die Naturschützer sind an allem schuld' der Demokratie den Todesstoß versetzen - eine Gefahr, die angesichts jüngerer populistischer und rechtsextremer Wahlerfolge in vielen Ländern Europas nicht ganz von der Hand zu weisen ist.

Freilich wird man einräumen müssen, daß die politische Sprache mit dem bisher Gesagten noch keineswegs vollständig charakterisiert ist. Formelhafte Erstarrung, pseudowissenschaftliches Rennommiervokabular, Leerformeln, die Verantwortlichkeit verschleiern, allseits bekannte schönfärberische Termini wie 'Entsorgungspark' für Atommülldeponie, 'Freisetzung' für Entlassung, 'weiche Ziele' für Menschen, die man zu Feinden erklärt und zum Abschluß freigegeben hat, und 'Kollateralschäden' für die zivilen Opfer 'chirurgischer Schläge' oder 'Operationen', die in Wirklichkeit Bombardierungen sind, auch der geniale Einfall mit den 'Verbrecherwohnungen', die angeblich allein Ziel des 'Großen Lauschangriffs' sein sollten, dazu mitgeschlepptes Wissenschaftsgeröll aus früheren Epochen - all das kennzeichnet in diesem Land die Sprache der Politik, und manches davon mag in der Tat, wie Carl Gustav Jochmann schon im vorigen Jahrhundert mutmaßte, dem Umstand geschuldet sein, daß in Deutschland die politische Sprache sich nicht aus der gesprochenen Sprache der Bürger, sondern aus der Kanzleisprache der Amtsstuben entwickelt hat.

Aber gerade in Wahlkämpfen erleben wir, daß die politischen Akteure auch noch eine ganz andere Sprache sprechen können. Wahrscheinlich kommt man der Wahrheit näher, wenn man nicht von *einer* politischen Sprache, sondern von mehreren spricht. Die zumeist grobschlächtig populistische Sprache der Wahlkämpfe, die ein Ringen der Mächte des Lichts mit denen der Finsternis suggeriert, wo es in Wirklichkeit allenfalls um unterschiedliche Akzentsetzungen geht, die Ängste schürt und Feindbilder beschwört, die die eigenen Leistungen ins Unermeßliche steigert und den Gegner mit allen Mitteln herabzusetzen sucht, ist nämlich keineswegs identisch mit der Sprache der politischen Sachdebatten, der üblichen Verlautbarungs- und Rechtfertigungsdiskurse, schon lange nicht mit der Sprache der Diplomatie. Populistische Agitation ist nicht nur eine Chance, die politische Demagogen ergreifen, wenn das politische System der Demokratie versagt; sie gehört vielmehr als Sprachvariante immer schon zum Normalbetrieb der Demokratie – übrigens von ihren ersten Anfängen im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert an.

Die meisten erfolgreichen Politiker beherrschen denn auch mehrere Sprachrollen. Als Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf des Jahres 1998 antrat, um Helmut Kohl als Kanzler abzulösen, verstand er es, Versatzstücke aus dem ökonomistischen Renommierjargon und schnodderige Populismen so geschickt miteinander zu verbinden, daß die meisten

Medienvertreter und ein großer Teil des Publikums von seiner Tatkraft, Kompetenz und Volksnähe geradezu überwältigt waren. Als es im Jahr 2002 um seine Wiederwahl ging, erlebte das Publikum einen ganz anderen Schröder: statt Angriffslust demonstrative staatsmännische Gelassenheit, statt provokativer Populismen von sozialer Verantwortung durchdrungene Verlautbarungen.

Ein anderer Politiker, der unterschiedliche Sprachrollen meisterhaft beherrscht, ist Heiner Geißler. Er kann, wie er in der Vergangenheit hinlänglich bewiesen hat, ein hemmungslos demagogischer Wahlkämpfer sein, der die Emotionen anheizt, pauschale Verdächtigungen ausstreut und wissentlich falsche Feindbilder etabliert. Er kann aber auch in einer Gesprächsrunde oder einem Vortrag in vorbildlicher Weise die Kunst der Unterscheidung vorführen, ein Aufklärer bester Tradition, der die Sache über die Parteien stellt, der dem Andersdenkenden Gerechtigkeit widerfahren läßt und Tapferkeit vor dem Freund beweist. So etwa, wenn er bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Tutzing im Jahr 2003 erklärte: Seinerzeit habe er den Slogan *Freiheit statt Sozialismus* kreiert; heute würde er stattdessen formulieren: *Freiheit statt Kapitalismus*.

In den letzten Jahren hat das Publikum Heiner Geißler zumeist in der Rolle des nachdenklichen Mahners erlebt. Vielleicht ist ihm die Lust an der Demagogie vergangen, vielleicht ist ihm auch erst kürzlich klar geworden, wie verletzlich die politische Kultur der Demokratie ist. Denn als Generalsekretär der CDU war er es, der die von Kurt Biedenkopf aus den USA importierte „Besetzung der Begriffe“ am konsequentesten betrieb. Der Kampf um Worte und Begriffe im Sinne der ‘politischen Semantik’ gehört seitdem auch bei uns zu jeder wohlüberlegten Strategie der Machtgewinnung und des Machterhalts, keineswegs nur in der CDU. Franz Müntefering und Matthias Machnig haben mit ihrer ‘Kampa’ genannten Wahlkampfzentrale der SPD die Methode vor allem im Bundestagswahlkampf 1998 erfolgreich kopiert und in der Folge weiter perfektioniert.

Dabei gehört es zur Strategie, sich selbst als verfolgte Unschuld und das eigene manipulative und sprachfälscherische Vorgehen stets als bloße Defensivmaßnahme darzustellen: Begriffe, die der politische Gegner unrechtmäßig besetzt hat, gilt es zurückzuerobern; Begriffe, die er erfolgreich von sich abgewehrt hat, gilt es ihm zur Kennzeichnung seiner wahren Natur öffentlichkeitswirksam wieder anzuheften.

Die systemkritische Linke hat, ausgehend von der Überlegung Herbert Marcuses, daß die „herrschende Sprache... nicht nur die Stimme, sondern auch die Tat der Unterdrückung“ sei, daß „das etablierte Vokabular“ das „Establishment“ schütze und „die Opposition von vornherein diskriminiere“, schon früh versucht, mit aufklärerischen Mitteln der Begriffsmanipulation zu begegnen. Geblieben ist davon aber heute nicht viel mehr als die zumeist peinlichen Sprachverrenkungen im Namen der ‘political correctness’, die selbst wieder ihre je eigenen Formen der Verschleierung und der Irreführung hervorgebracht haben.

Das semantische Spiel - das wissen auch die Spielführer - ist nicht lauter; es mißachtet die Rationalität des Publikums, indem es auf Insinuation statt auf Argumentation setzt. Uninformierte und Ressentimentgeladene lassen sich so vielleicht für die eigene Sache und Partei gewinnen. Aber die Sensibleren stößt das Verfahren leicht ab. Und da für das komplizierte Geschäft der Mehrheitsbildung in der Demokratie womöglich beide Gruppen

benötigt werden, empfiehlt es sich für Machtzyniker, erstens das perfide Spiel mit großer Energie zu betreiben und sich zweitens bei passender Gelegenheit davon zu distanzieren.

Die Frankfurter Buchmesse ist die ideale Gelegenheit für Politiker, die selbst tagtäglich zur Zerstörung der öffentlichen Sprache beitragen, sich mit Blick auf ein intellektuelles Publikum auch einmal sprachkritisch zu geben. Wie z. B. in dem folgenden Zitat: „Auch die Sprache der Politik kennt Fluchtbewegungen: Es gibt die Flucht in hektischen Wortreichtum, um nichts mitzuteilen. Es gibt die Flucht in politische Sprachspiele. Da werden Begriffe besetzt, umgedeutet, konstruiert, aufgebläht, demontiert. Der Kampf um Worte gerät zum Machtkampf.“ Der dies am 2. Oktober 1984 sagte, stand damals noch am Anfang seiner sechzehnjährigen Regierungszeit als Bundeskanzler und war der Hausherr im Adenauerhaus, jener strategischen Zentrale, von der aus die Begriffsbesetzer und politischen Semantiker seit Mitte der 70er Jahre ihre ausgeklügelten Kampagnen führten: Heinrich Böll und Willy Brandt als Wegbereiter oder Sympathisanten des RAF-Terrorismus, Freiheit statt Sozialismus, der Pazifismus ist für Auschwitz verantwortlich, wer den Prozeß der deutschen Einigung kritisiert, ist ein vaterlandsloser Geselle und/oder ein nostalgischer Anhänger der SED-Diktatur.

Vermutlich ist man sich unter gebildeten Demokraten über alle Parteigrenzen hinweg schnell darüber einig, daß die geschilderten Phänomene lästig, degoutant, auf Dauer wohl auch schädlich sind für die politische Kultur. Ob es da aber schon hilft, wenn einmal im Jahr in Frankfurt ein Kreis redlicher Professoren das *Unwort des Jahres* bekannt gibt? Es sind ja nicht nur einzelne Wörter problematisch. Was unsere öffentliche Sprache verdirbt, ist die mediale Reduktion von Aussagen auf Kürzeststatements, ist das schlampige Irgendwie, die Inflation der Superlative, die Verweigerung von Begründungen, die Scheinwissenschaftlichkeit - Regenwahrscheinlichkeit für Berlin

36 % -, der Zahlenfetischismus etc. „Die deutsche Sprache“, hat Karl Kraus einmal gesagt, „ist die tiefste, die deutsche Rede die seichteste.“ Zumindest für die politische Rede scheint dies weithin zuzutreffen – vermutlich aber nicht nur in Deutschland. Seit den ersten Anfängen der Demokratie spielen im öffentlichen Ringen um die Wählergunst die sachlichen Differenzen zwischen den Parteien eine eher untergeordnete Rolle, wird mehr mit Unterstellungen und Diffamierungen, mit leeren Schlagworten und hohlen Phrasen denn mit aufklärerischen Mitteln gearbeitet. Selten wurden und werden die idealen Anforderungen an die öffentliche republikanische Rede, die Uwe Pörksen in seinem Buch ‚Die politische Zunge‘ darlegt, von demokratischen Politikern erfüllt. Angesichts dieser Sachlage wäre es sicher falsch, die sachliche Auseinandersetzung über konkurrierende Vorstellungen vom Gemeinwohl und das geeignete Personal zu ihrer Durchsetzung, die pointierte, die Entscheidungssituation erhellende Rede zum Normalfall der Demokratie zu erklären und alle Abweichungen davon als Krisenphänomene zu deuten.

Uwe Pörksen nennt in seinem Buch einige gelungene Beispiele für wahrhaft *freie* politische Reden, die in der jeweiligen historischen Situation die Substanz des Politischen klar hervortreten lassen und eben darum orientierend wirken. Unter den exemplarischen politischen Reden, die er nennt, sind die Verfassungsreden Lassalles und Bismarcks, Thomas Manns ‚Appell an die Vernunft‘ von 1930, Otto Wels’ Widerspruch gegen Hitlers ‚Ermächtigungsgesetz‘, Graf Galens Predigt gegen die Euthanasie von 1941, Erhard Epplers Bundestagsrede zum 17. Juni 1989 und Uwe Grünings Rede ‚Kunst und Leben‘ im Wendejahr 1989. Alle diese Reden gehen ein Wagnis ein. Indem die Redner Position

beziehen, zwingen sie auch die Zuhörer, sich zu entscheiden, und treiben so die politische Debatte auf ein Entweder-Oder zu, in dem die Verantwortung jedes Einzelnen deutlich sichtbar wird.

Rhetorik im positiven Sinn, wie sie in den von ihm genannten beispielhaften Reden zum Ausdruck gelangt, ist für Pörksen die Kunst, in einer gegebenen Situation der Vernunft zum Durchbruch zu helfen. „Die Rhetorik“, schreibt er, „ist eine Findetechnik, und zwar nicht nur in dem Sinn, daß sie lehrt, die Mittel der angemessenen wirksamen Darstellung zu finden, sondern auch in dem, daß sie sich eines technischen Instruments bedient, um in einem fraglichen Fall das Bessere, Vernünftigere herauszufinden.“ (Pörksen 2002, S. 74) Sie kann diese Funktion freilich nur ohne Abstriche in einer republikanischen Öffentlichkeit erfüllen, in der die freie Erörterung des Gemeinwohls das gemeinsame Anliegen aller oder doch der wichtigsten Beteiligten ist.

Die klassisch republikanische Vorstellung von Öffentlichkeit beruht u.a. auf der Annahme einer im Prinzip von allen, jedenfalls allen ausreichend Gebildeten und Informierten, gleich wahrgenommenen sozialen Realität. Strittig ist aus dieser Sicht, je nach Temperament, biographischen Erfahrungen und Interessenlage, die *Bewertung* dieser Realität, strittig auch, wie man zur Lösung erkannter Probleme zu intervenieren habe, nicht aber die Realität selber. Wir Heutigen wissen dagegen, daß Politik als Sprachhandeln nicht nur Realität bewertet, sondern diese auch in gewissem Grad erzeugt. Was der Fall ist, ist unter den konkurrierenden politischen Parteien und ‘Lagern’ keineswegs Konsens. Auch und gerade dort, wo das Pathos der Sachlichkeit bemüht wird, geht es häufig weniger darum, Lösungen für übereinstimmend identifizierte Probleme zu finden, als die Problemwahrnehmung in der Gesellschaft zu beeinflussen.

Ein Klassiker auf diesem Gebiet ist der Streit um die Kriminalitätsrate. Regelmäßig sehen Konservative eine steigende Flut von Kriminalität über die Gesellschaft hereinbrechen, um so ein härteres Durchgreifen der Behörden zu legitimieren, während Liberale und Progressive dazu neigen, darin nichts als faktisch unbegründete Panikmache zu sehen, weil sie fürchten, Demokratie und Liberalität könnten Schaden nehmen, wenn angesichts tatsächlich oder vermeintlich steigender Kriminalität schärfere Gesetze erlassen und persönliche Freiheiten eingeschränkt werden.

Ein schönes Beispiel dafür, wie der Kampf um die Bestimmung dessen, was der Fall ist, politisch geführt wird, lieferte vor Jahren der damalige Bundesinnenminister Kanther in einem Interview mit der FRANKFURTER RUNDSCHAU. Kanther reklamierte zunächst das Pathos der Sachlichkeit für sich und seine Politik: „Ich mache eine sachorientierte Politik, bei der es nur auf das Ergebnis und nicht auf Krach ankommt.“ Sodann wandte er sich der sozialen Realität zu: „Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß immer mehr Straftaten begangen werden, und zwar in einem Ausmaß, mit dem wir uns nicht abfinden. Wir übertreiben nichts; aber wir müssen die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen und klar reagieren.“ Als der Interviewer eben dies bezweifelte, u.a. mit dem Argument, daß die Statistik für die neuen Bundesländer wegen des amtlichen Verschweigens von Kriminalität zu DDR-Zeiten zwangsläufig verzerrt sein müsse, erweiterte Kanther seinen Begriff von Realität auf interessante Weise: „Außerdem kommt es ja nicht nur darauf an, wie Zahlen sich entwickeln. Genauso wichtig ist doch auch, was die Menschen empfinden, welches

Sicherheits- und Unsicherheitsgefühl, vor allem auch über die Medien, flächendeckend transportiert wird.“

Es ist das Kanthersche Muster, nach dem auch Roland Koch im jüngsten hessischen Wahlkampf wieder einmal verfuhr. Da die Fakten bezüglich Jugend- und Ausländerkriminalität, da vor allem seine eigenen Taten als Ministerpräsident nicht ausreichten, um das Wahlvolk zu beeindrucken, schürte Roland Koch hemmungslos die Angst vor kriminellen Ausländern und nutzte das so geschaffene Unsicherheitsgefühl zur gefälligen Korrektur der Faktenlage.

Die Beeinflussung der Realitätswahrnehmung gehört zu den grundlegenden politischen Strategien im Medienzeitalter. Als der Ost-West-Konflikt noch in voller Blüte stand, zeigte sich dies besonders kraß am Streit über den Rüstungsstand des Ostblocks. Während der Regierungszeit von Helmut Kohl und Gerhard Schröder erlebten wir Ähnliches, wenn Arbeitslosenzahlen heruntergerechnet, die Armutsrate geschönt oder die Steuerbelastung des Mittelstandes mit Hilfe willfähriger Statistiken je nach der Interessenlage unerträglich hoch oder vergleichsweise niedrig erschien. Sprache ist längst nicht mehr nur Mittel zur Verständigung über nichtsprachliche Realität (wahrscheinlich war sie es nie). In einer Mediengesellschaft wie der unseren ist die sichere Unterscheidung zwischen dem, was objektiv und an sich der Fall ist, und dem Widerschein desselben im Medium der Sprache kaum noch zu treffen. Was zur Sprache kommt, was öffentlich beredet wird, gilt in aller Regel als real, wie umgekehrt was nicht zur Sprache kommt, nicht öffentlich beredet wird, in aller Regel nicht existiert.

Erst recht gilt dies, wenn wir die enge Definition der Sprache verlassen und die Sprache der Bilder in unsere Betrachtung einbeziehen. Ich sage 'erst recht', obwohl mir bewußt ist, daß durch die Dominanz der Bildmedien nicht nur eine Steigerung der erwähnten Probleme bewirkt wird, sondern zumindest zum Teil eine qualitativ neue Struktur der Öffentlichkeit entsteht. Längst haben die Politiker entdeckt, daß in einer von der Bildlogik beherrschten Öffentlichkeit das gesprochene Wort, das Argument, die programmatische Rede, wenn es um Machtgewinnung und Machterhalt geht, viel weniger bewirken als die gelungene Inszenierung eines Staatsbesuchs oder eines Wahlparteitags, ein gelassenes Plauderstündchen in einer Talkshow oder ein Blitzbesuch am Katastrophenort: Einschweben mit dem Hubschrauber, sorgenvolle Miene, während der Einsatzleiter über den Fortgang der Rettungsarbeiten berichtet, ein teilnehmender Händedruck für die Hinterbliebenen, bevor der Hubschrauber wieder abhebt.

Symbolische Politik der einen oder anderen Art - das ist wahr - hat es schon immer gegeben. Man denke nur an Heinrich IV. berühmten ‚Gang nach Canossa‘. Zum demokratiegefährdenden Problem wird sie aber erst in der modernen Mediengesellschaft, in der ein immer größerer Teil unseres Wissens und unserer Erfahrung medienvermittelt ist. Erst unter diesen Bedingungen kann die symbolische Inszenierung die Realitätserfahrung nachhaltig beeinflussen und damit auch die politische Meinungsbildung wirksam steuern.

Was die Inszenierungen der Politik in der modernen Mediengesellschaft so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß sie die klassischen aufklärerischen Techniken der Kritik und Enthüllung

unterlaufen. Kritik hieß für die Aufklärer die Ersetzung bloßer Meinung durch methodisches Wissen, die Bekämpfung von

Vorurteilen, die Bloßlegung von Interessen hinter den Meinungen und Ideologien, und auch die 68er Generation lief noch Sturm gegen die Meinungsmanipulation durch die Massenpresse, setzte auf Ideologiekritik. Aber was vermögen Argumente gegen die Macht der Bilder? Der Inszenierung des Scheins ist mit den üblichen Methoden der Ideologiekritik schon deswegen nicht beizukommen, weil hier nicht behauptet, sondern gezeigt wird, weil hier kein kritisierbares Urteil abgegeben, sondern allein auf die überlegene Glaubwürdigkeit der Bilder gesetzt wird, weil hier eine objektive Realität vorgespiegelt wird, die nicht implizit auf einen Autor verweist.

Was wir mit eigenen Augen, und sei es nur auf dem Bildschirm, gesehen haben, ist von vornherein glaubwürdiger als das bloß Gehörte oder Gelesene. Nicht umsonst heißt es *lügen wie gedruckt*, nicht *lügen wie gezeigt*. Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen manche Politiker der Versuchung erliegen, in der Sekundärwelt der Medien kalkulierte Scheinkämpfe, bedeutungsschwangere Auftritte, hochdramatische symbolische Interventionen zu inszenieren, statt sich der mühevollen Bearbeitung von Problemen zu widmen, was - abgesehen davon, daß es allzu oft vom Scheitern bedroht ist - viel weniger medienwirksam und damit zunehmend auch weniger *wirklich* ist.

Das Ende der Ideologien - wenn es denn überhaupt stimmt, daß es heute gekommen ist - braucht also keineswegs das Ende der Massenmanipulation zu sein. Die Bush-Administration hat dies in den letzten Jahren am wirkungsvollsten demonstriert: mit den fernsehwirksamen Tränen einer angeblichen kuwaitischen Krankenschwester, die in Wirklichkeit die Tochter eines in den USA akkreditierten Diplomaten war, mit den gefälschten Fotos von Massenvernichtungswaffen, die der amerikanische Außenminister im UN-Sicherheitsrat präsentierte. Der Betrug wurde zwar inzwischen aufgedeckt, aber erst, nachdem er seine Wirkung getan hatte. Hoffen wir, dass die Betrüger nun wenigstens bei den kommenden Präsidentschaftswahlen abgestraft werden.

Es geht auch subtiler; nicht immer bedarf es des Betrugs, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Man vergleiche nur einmal

die Fotos, die in den westlichen Medien von dem der milliardenschweren Steuerhinterziehung angeklagten Michail Borissowitsch Chodorkowski einerseits und den auf ihren Prozeß wartenden Guantanamo-Häftlingen verbreitet werden: der eine, in der westlichen Welt als Freiheitskämpfer gefeiert, perfekt rasiert und entspannt lächelnd, der Inbegriff der verfolgten Unschuld, die anderen, längst durch die öffentliche Meinung vorverurteilt, zerzaust und mürrisch dreinblickend, als wären sie soeben aus Saddam Husseins Erdloch geklettert.

Die aufgeklärten Zyniker unter den Politstrategen sind heute zumeist weniger an der direkten Meinungsbeeinflussung über die Massenmedien interessiert als an purer Medienpräsenz, um mit mediengerechten Inszenierungen ein Stück ihnen dienlicher Realität zu kreieren und so Deutungen in Umlauf zu setzen, ohne allzu offensichtlich lügen zu müssen. Wenn hier und da übereifrige Parteipolitiker - und es gibt sie durchaus - immer noch den Zensor spielen, kritische Journalisten unter Druck setzen oder ihre Gefolgsleute in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dazu anhalten, mißliebige Sendungen zu verhindern, so ist dies zwar für jeden Demokraten skandalös, aber zugleich ist es auch ein Zeichen dafür, daß noch längst

nicht alle, die es bös oder allzu gut mit uns meinen, die neuen Möglichkeiten des Medienzeitalters begriffen haben.

Die mediengerechte Inszenierung der Politik, so Thomas Meyer in seinem Buch 'Die Inszenierung des Scheins', „höhlt die politische Kultur von innen aus. Sie täuscht Partizipation vor, wo sie sie verhindert. Sie täuscht Erkenntnis vor, wo sie sie verstellt. Sie täuscht Praxis vor, wo Handeln versäumt wird... Sie mag für komplexere Gesellschaften, die von der Medienkultur zusammengehalten werden, äußerlich funktional sein. Sie ist es aber nicht für die Demokratie.“

Irgendwann brechen die verleugneten Probleme dennoch auf, rächt es sich, daß man den Schein der Handlungskompetenz inszenierte, statt handelnd die Probleme anzupacken. Dann kann fatal werden, was den zynischen Politprofis vordem als probater Schlüssel zum Erfolg erschien. Denn eine Gesellschaft die der sachgerechten Erörterung politischer Probleme entwöhnt ist, wird sich besonders schwer tun, Auswege aus einer Krise zu finden. Deshalb balanciert die Gesellschaft des inszenierten Scheins bei all ihrer scheinbaren Stabilität doch stets am Rande von Chaos und Hysterie.